



# Strompreise drücken auf die Stimmung

IHK-Energiewende-Barometer 2019

**DIHK**

Deutscher  
Industrie- und Handelskammertag

 **Gemeinsam Nachhaltig**

Mit dem „IHK-Energiewende-Barometer“ stellt der DIHK die Ergebnisse einer Online-Unternehmensbefragung vor.

Grundlage der Auswertung sind 2.574 eingegangene Antworten. Diese verteilen sich auf die Wirtschaftszweige Industrie (40 Prozent), Bauwirtschaft (4 Prozent), Handel (14 Prozent) und Dienstleistungen (42 Prozent). In regionaler Hinsicht kommen die Antworten zu 21 Prozent aus dem Norden Deutschlands, zu 32 Prozent aus dem Westen, zu 22 Prozent aus dem Osten und zu 25 Prozent aus dem Süden. Dem Norden werden die Bundesländer Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, dem Westen die Bundesländer Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und das Saarland, dem Osten die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen sowie dem Süden Baden-Württemberg und Bayern zugerechnet.

Die Befragung fand vom 11. bis zum 28. Juni 2019 statt.

Ist in dieser Auswertung von Mitarbeitern u. ä. die Rede, sind selbstverständlich auch Mitarbeiterinnen gemeint. Die Verwendung nur einer Geschlechtsform wurde wegen der besseren Lesbarkeit gewählt und ist nicht benachteiligend gemeint.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V. (DIHK) – Berlin 2019

Copyright	Alle Rechte liegen beim Herausgeber. Ein Nachdruck – auch auszugsweise – ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers gestattet.
Herausgeber	© Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.   Berlin   Brüssel
IHK-Energiewende-Barometer	ISSN 2196-9876  DIHK Berlin: Postanschrift: 11052 Berlin   Hausanschrift: Breite Straße 29   Berlin-Mitte Telefon (030) 20 308-0   Telefax (030) 20 308 1000  DIHK Brüssel: Hausanschrift: 19 A-D, Avenue des Arts   B-1000 Bruxelles Telefon +32-2-286 1611   Telefax +32-2-286 1605  Internet: <a href="http://www.dihk.de">www.dihk.de</a>
Redaktion	DIHK – Bereich Energie, Umwelt, Industrie Dr. Hermann Hühwels, Mark Becker, Dr. Sebastian Bolay, Till Bullmann, Jakob Flechtner
Stand	September 2019
Titelbild	© Stanislava Karagyozyova/iStock/Getty Images
Grafik	Friedemann Encke, DIHK

# Inhaltsverzeichnis

Inhaltsverzeichnis.....	1
1. Einleitung und zentrale Zusammenfassung.....	2
2. Risiken überwiegen Chancen.....	3
3. Energiepreise: Unternehmen müssen tiefer in die Tasche greifen.....	7
4. Versorgungsniveau leicht verbessert.....	10
5. Energiewende in den Unternehmen kommt voran.....	11
6. Klimaschutz: Erst Alternativen dann CO2-Bepreisung.....	19
7. Das empfiehlt die Wirtschaft.....	21

# 1. Zusammenfassung

- Quo vadis Energiewende? Bei den Rahmenbedingungen sind in diesem Jahr wenig sichtbare Fortschritte erzielt worden: Zwar hat etwa die Kommission „Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung“ Anfang des Jahres ihre Empfehlung für die Ausgestaltung des Kohleausstiegs vorgelegt, die legislative Umsetzung zentraler Elemente ist aber bislang nicht erfolgt.
- Eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung wird derzeit mit Blick auf die Weichenstellungen durch das „Klimakabinett“ in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Für die Unternehmen ist aber noch nicht erkennbar, wie diese konkret ausgestaltet werden wird und mit welchen Kosten sie rechnen müssen. Andere Vorhaben, wie der Ausbau der Übertragungsnetze und der Rollout von Smart-Metern, sind zwar politisch entschieden und gesetzlich geregelt, die tatsächliche Umsetzung verzögert sich aber weiterhin stark. Belastend wirken z. B. auch weiterhin die hochbürokratischen Regelungen zu Drittstrommengen auf dem Betriebsgelände.
- Strompreise und Versorgungssicherheit bereiten den Unternehmen gerade mit Blick in die Zukunft wachsende Sorge. Mit der Abschaltung der letzten Atomkraftwerke entfällt in Süddeutschland 2022 gesicherte Leistung in erheblichem Umfang. Die Versorgungssicherheit muss deshalb vermehrt über die Stromproduktion aus anderen Energieträgern, aus anderen Regionen Deutschlands und durch Importe gewährleistet werden. Die dafür u. a. erforderlichen Stromtrassen werden aber frühestens 2025 fertiggestellt. Ohne ausreichende Netzkapazitäten innerhalb Deutschlands besteht auch weiter das Risiko höherer Strompreise in Süddeutschland durch eine Aufspaltung der deutschen Strompreiszone.
- Folgerichtig ist der Barometerwert um einen Punkt auf -3,1 gefallen. 2017 war noch ein positiver Wert erreicht worden. In der Industrie ist der Barometerwert sogar deutlich auf -19 gefallen (2018: -13,9). Die Unternehmen sehen dringenden Handlungsbedarf vor allem beim Netzausbau (79 Prozent), den Planungs- und Genehmigungsverfahren (70 Prozent) sowie den Strompreisen (57 Prozent). Diese Preise sind erstmals für mehr als die Hälfte der Betriebe gestiegen.
- Klimaschutz ist ein wichtiges Thema für die Unternehmen. Sie investieren nicht nur in Energieeffizienz, alternative Antriebe und eigene Stromerzeugungsanlagen, sondern befürworten auch zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen (92 Prozent). Bevor eine CO<sub>2</sub>-Bepreisung eingeführt wird, sollte die Politik aber die Betriebe darin unterstützen, Alternativen zu entwickeln. Verbote werden von einer großen Mehrheit (87 Prozent) abgelehnt.



Abbildung 1: Energiewende-Barometer 2019.

## 2. Risiken überwiegen Chancen

Über Branchen, Unternehmensgrößen und Regionen hinweg sehen die Unternehmen in Deutschland erneut mehr Risiken als Chancen. Auf einer Skala von -100 („sehr negativ“) bis +100 („sehr positiv“) bewerten die Unternehmen die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit durchschnittlich mit -3,1<sup>1</sup> und damit einen Punkt schlechter als im Vorjahr (2018: -2,1; 2016: +0,8; 2014: -12,8).



Abbildung 2: Energiewende-Barometer 2019.

Die Energiewende wurde zuvor zwischen 2014 und 2016 positiver bewertet. In den Jahren 2016 und 2017 überwogen über die Branchen hinweg insgesamt die Chancen die Risiken. Diese Entwicklung hatte im letzten Jahr ein Ende. In diesem Jahr bestätigt sich die Trendwende. Ein wesentlicher Grund dafür ist der zuletzt zu verzeichnende Preisschub insbesondere beim Strom. Hinzu kommt eine steigende Unsicherheit über die künftige Ausgestaltung von Energiewende und Klimaschutz in der Wirtschaft.

### Branchenvergleich

Jedes Unternehmen ist auf eine sichere Energie- und Stromversorgung angewiesen. In einer digitalen Wirtschaftswelt können selbst kleinere Unterbrechungen der Stromversorgung zu empfindlichen Betriebsstörungen führen. Und je höher der Anteil der Energie an der Wertschöpfung eines Unternehmens oder in der Wertschöpfungskette, umso stärker wirken sich hohe Energiepreise auf die Ertragslage und Position im internationalen Wettbewerb aus. Vor diesem Hintergrund bewertet das produzierende Gewerbe die Energiewende und ihre hohen Kosten kritischer als andere Branchen. Die durchschnittliche Bewertung der

<sup>1</sup> Der Wert beruht auf Antworten auf die Frage „Wie beurteilen Sie insgesamt die Auswirkungen der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit Ihres Unternehmens?“, wobei die Einschätzung „sehr negativ“ mit -100, „negativ“ mit -50, „neutral“ mit 0, „positiv“ mit +50 und „sehr positiv“ mit +100 in die Berechnung der durchschnittlichen Bewertung eingeht. Bei einem Durchschnittswert von 0 sind positive und negative Bewertungen ausgeglichen oder nur neutrale Bewertungen vorgenommen worden. Bei einem Wert von +100 hätten alle Befragten mit „sehr positiv“ geantwortet.

Industrie liegt bei -19,0 (2018: -13,9; 2016: -13,2; 2014: -30,2). Bei 43 Prozent der Industrieunternehmen fällt die Bewertung negativ aus. Lediglich 15 Prozent können aktuell von der Energiewende profitieren.

Die Einschätzung der Handelsunternehmen sinkt auf -7,5 (2018: -3,6). Während der Anteil der Unternehmen, die einen positiven Effekt der Energiewende auf ihre Wettbewerbssituation sehen, stabil bleibt (16 nach 15 Prozent), steigt der Anteil mit einer negativen Bewertung spürbar an (30 nach 23 Prozent). Da der Handel viel Strom benötigt, ist dies angesichts der deutlich gestiegenen Strompreise nicht überraschend. Die Bewertung im Bausektor sinkt nach vier Jahren im positiven Bereich wieder unter die Nullgrenze einer ausgewogenen Risiken-Chancen-Verteilung (Barometerwert: -3,5). Seit 2012 ist die Bewertung im Bausektor nicht mehr so niedrig gewesen. Entgegen dem allgemeinen Trend bewerten die Dienstleister die Energiewende weiterhin positiv und sogar besser als im Vorjahr (+6,4 nach +3,4).

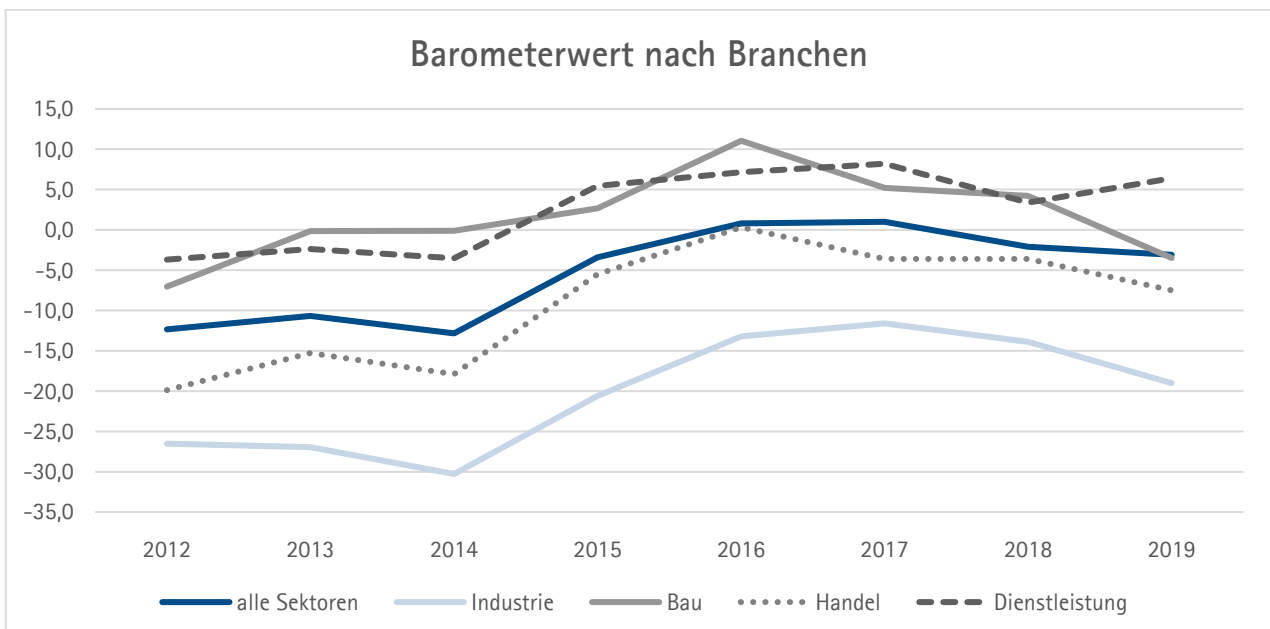


Abbildung 3: Einfluss der Energiewende auf die Wettbewerbsfähigkeit, Indexwert. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Energiewende in den Regionen

Chancen und Risiken der Energiewende werden je nach Region unterschiedlich bewertet. Allein im Norden überwiegen die Chancen, die sich für die Unternehmen aus der Energiewende ergeben (+3,4). Aber auch hier ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um zwei Punkte zu verzeichnen. Im Osten (-5,8) ebenso wie im Westen (-5,7) geht der Barometerwert ebenfalls zurück (Osten: -2,6 Punkte, Westen: -1,3 Punkte). Eine Rolle spielt dabei der geplante Ausstieg aus der Kohleverstromung. Die Kohle ist regional ein wichtiger und mit Blick auf Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Kaufkraft nur schwer zu ersetzender Wirtschaftsfaktor. Überregional befürchten viele Unternehmen Risiken für Versorgungssicherheit und weiter steigende Strompreise aufgrund des Kohleausstiegs und des bevorstehenden Ausstiegs aus der Kernkraft. Im Süden liegt der Energiewende-Barometerwert bei -2,2 und hat sich damit entgegen dem Deutschlandtrend marginal verbessert (2018: -2,8).

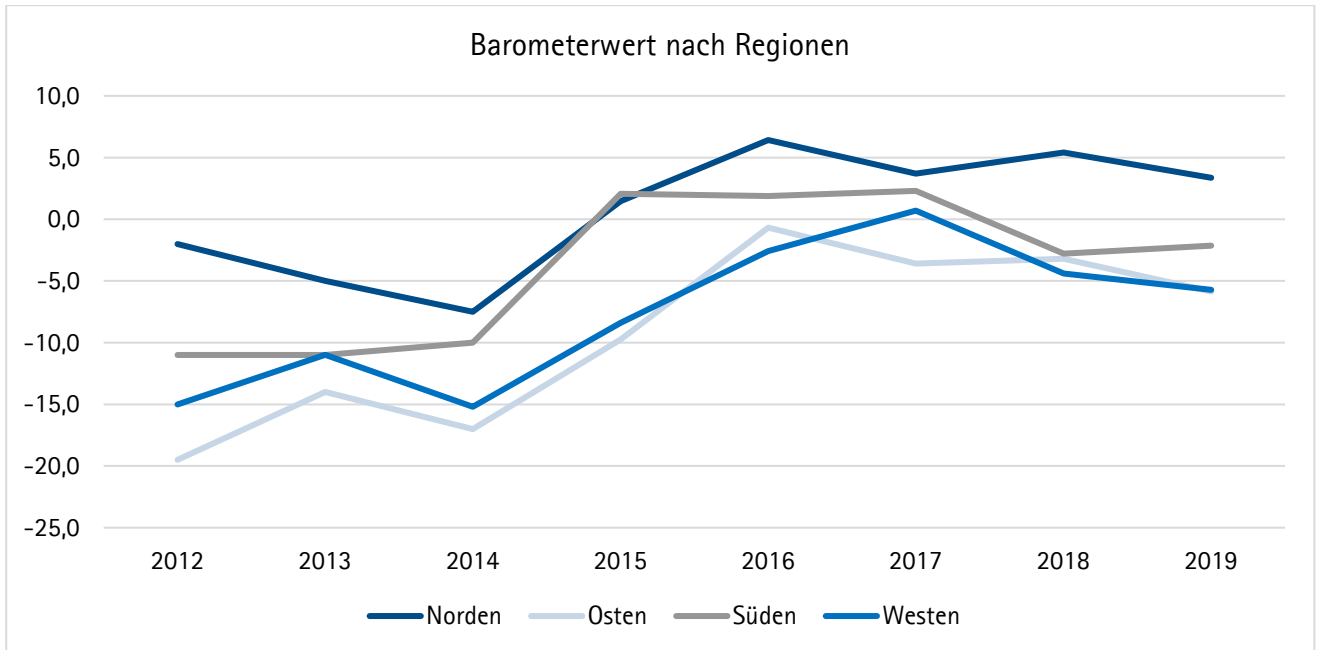


Abbildung 4: Regionale Bewertung der Energiewende, Indexwert. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Energiewende im Größenvergleich

Nicht nur im Vergleich der Branchen und Regionen, auch zwischen den Unternehmensgrößen zeigen sich deutliche Unterschiede in der Bewertung der Energiewende: Während kleinere Unternehmen (1 - 9 Mitarbeiter: +15,3; 10 - 19 Mitarbeiter: +2,7) eine positive Bilanz ziehen, fällt die Bewertung bei mittleren und großen Unternehmen durchweg kritischer aus.

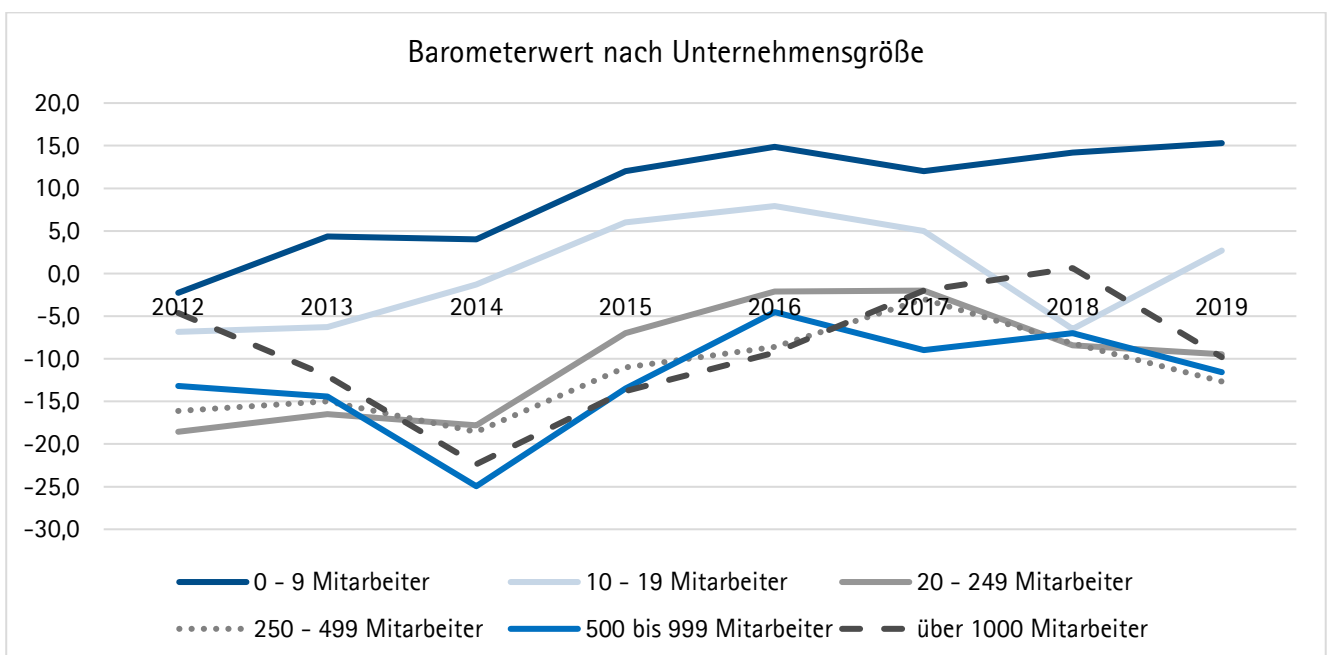


Abbildung 5: Bewertung der Energiewende nach Größenklassen, Indexwert. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Ein wichtiger Grund dafür ist, dass der Anteil der energieintensiv arbeitenden Industrieunternehmen unter den kleinen Unternehmen geringer ist. Die Energie- und Strompreise sind für die Mehrheit dieser Unternehmen kein zentraler Wettbewerbsfaktor, so dass die zuletzt erfolgten Preissteigerungen sich weniger negativ auswirken. Zu berücksichtigen ist auch, dass unter den kleineren Unternehmen der Anteil derjenigen, die für ihre

Geschäftstätigkeit eigene Immobilien nutzen (51 bzw. 60 Prozent), deutlich geringer als bei größeren Unternehmen ist. Bei Unternehmen mit 20 und mehr Mitarbeitern liegt der Anteil mit eigenen Immobilien bei über 75 Prozent. Für den Fall eigener Immobilien ist der Aufwand für Berichtspflichten, Auflagen und Standards deutlich höher.



### 3. Energiepreise: Unternehmen müssen tiefer in die Tasche greifen

Die Entwicklung der letzten Jahre setzt sich fort – Unternehmen in Deutschland sehen sich mit steigenden Energiepreisen konfrontiert. Insbesondere die Endkundenpreise für Strom haben noch einmal angezogen. Deutschland liegt mittlerweile bei fast allen Verbrauchergruppen auf dem letzten Platz in Europa.<sup>2</sup> Ausnahme sind lediglich die sehr großen und sehr stromintensiven Betriebe, für die die Besondere Ausgleichsregelung und weitere Begrenzungsregeln gelten. Ohne Kompensation der Sonderlasten aus der Energiewende wären diese Unternehmen im internationalen Wettbewerb abgehängt. Die hohe und weiter steigende finanzielle Belastung der Unternehmen aus der Strombeschaffung wird durch gestiegene Ausgaben für Öl und Gas verstärkt.

#### Kein Ende der Strompreisrallye in Sicht

Die Strompreise für deutsche Mittelständler sind zum Jahreswechsel nochmals um über 10 Prozent gestiegen – vor allem aufgrund höherer Netzentgelte.<sup>3</sup> Dieser deutliche Anstieg spiegelt sich in den Angaben zur Entwicklung der Strompreise wider:

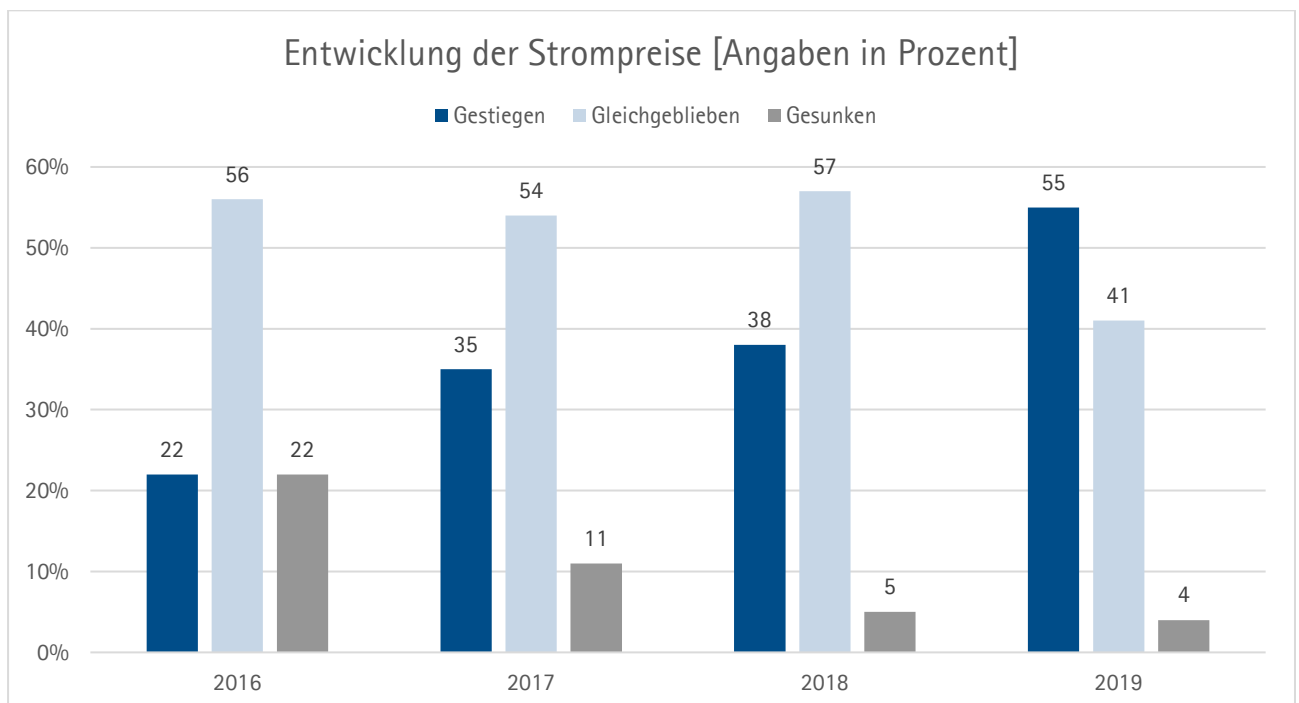


Abbildung 6: Entwicklung der Strompreise für Unternehmen, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Mit 55 Prozent berichten erstmals mehr Unternehmen von steigenden Preisen als von stabilen. Gegenüber dem Vorjahr ein Plus von 17 Prozentpunkten. Nur 4 Prozent geben an, dass die Strompreise gesunken sind. Der Saldo

<sup>2</sup> EU Kommission (2019): Energy prices and costs in Europe.

<sup>3</sup> <https://www.euwid-energie.de/vea-strompreise-fuer-industrie-sind-um-114-prozent-gestiegen>.

zwischen Strompreissteigerung und Strompreissenkung beträgt damit +51, nach +33 im Vorjahr. 2016 war der Saldo noch ausgeglichen.

Neben den in vielen Regionen stark gestiegenen Netzentgelten haben auch die Beschaffungskosten angezogen. Ein Preistreiber sind die höheren CO<sub>2</sub>-Zertifikatspreise (ETS). Nach durchschnittlich 5,40 Euro im Jahr 2017 liegen sie derzeit bei knapp 30 Euro die Tonne. Zum Zeitpunkt der letzten Umfrage im Jahr 2018 lag der ETS-Preis bei rund 15 Euro die Tonne. Vor allem für stromintensive Betriebe sind die Preisauflschläge bei der Strombeschaffung direkt spürbar. Da sie bei Abgaben und Entgelten verschiedene Entlastungsregelungen in Anspruch nehmen können, wird ihr Strompreis vor allem durch Beschaffungskosten bestimmt.

## Herausforderung Energiepreise

Besonders relevant ist die Entwicklung des Weltmarktpreises für Rohöl, des nach wie vor mit Abstand wichtigsten Energieträgers in Deutschland. Nachdem die Preise von Mitte 2016 bis 2017 um 50 US-Dollar je Barrel (Brent) pendelten, stiegen sie 2018 im Schnitt auf knapp 70 Dollar an. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres lag der Preis wieder leicht darunter.

Erdgas verzeichnete bis Anfang 2019 feste Preise, die erst seit dem Frühjahr 2019 rückläufig waren– nicht zuletzt aufgrund des milden Winters. Bei Steinkohle ist seit Ende 2018 ein signifikanter Rückgang der Preise um etwa ein Viertel zu verzeichnen.

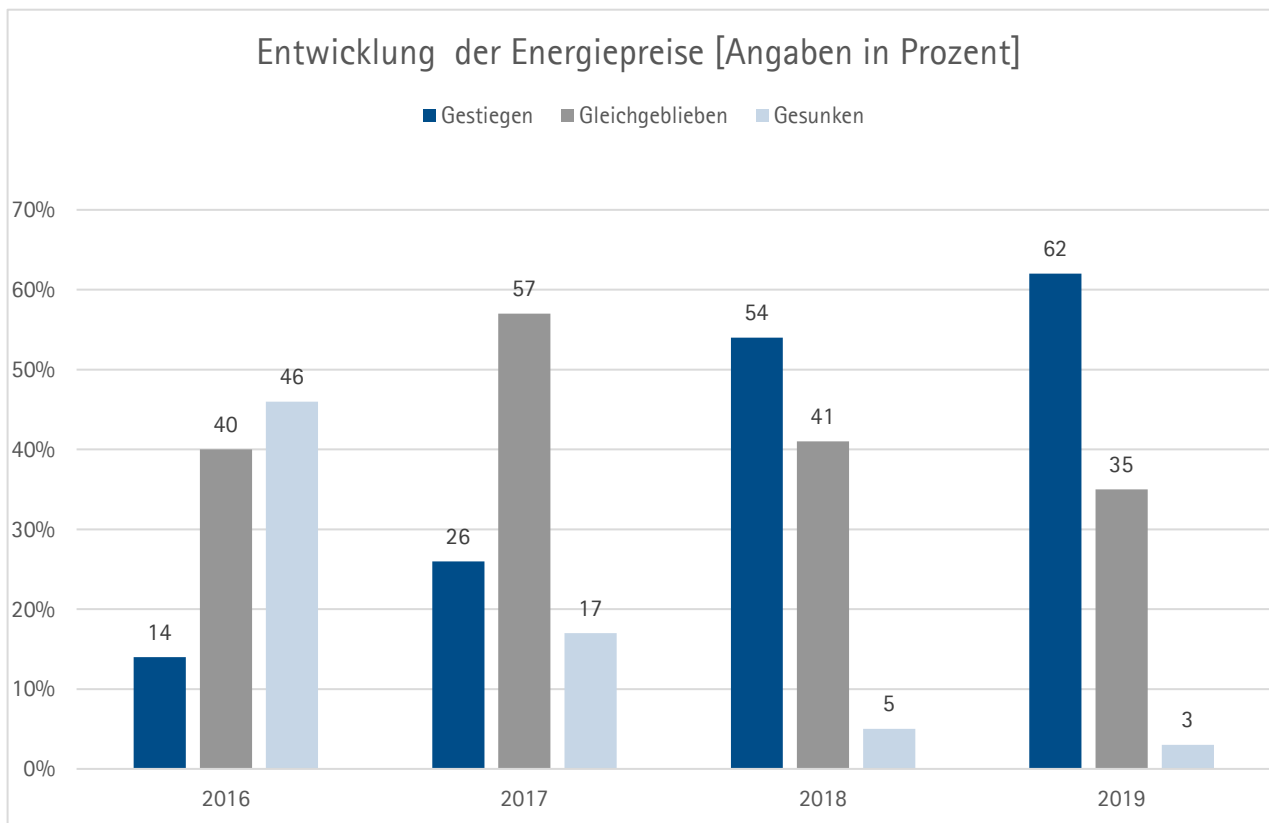


Abbildung 7: Entwicklung der Energiepreise für Unternehmen, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Da die Entspannung an den internationalen Rohstoffmärkten erst zum Ende des Befragungszeitraums begann, berichten erneut mehr Unternehmen von Preissteigerungen bei Kohle, Öl und Gas: Nach 54 Prozent im vergangenen Jahr sind es nun 62 Prozent. Der Saldo aus Preissteigerung und Entlastung liegt 2019 bei 59; 2016 hatte er noch bei -32 gelegen. Sollten die niedrigeren Notierungen der letzten Monate an den Märkten gehalten werden können, dürften auch wieder mehr Unternehmen von sinkenden Preisen profitieren. Derzeit machen die gestiegenen Ausgaben für Öl, Gas und Kohle der Wirtschaft zusätzlich zu den hohen Strompreisen zu schaffen.

## Anpassungsreaktionen der Unternehmen

Eine wesentliche Anpassungsmaßnahme - insbesondere für den Stromeinkauf - sind in der Erwartung steigender Preise langfristige Lieferverträge. Diese sind in ihrer Beliebtheit um 3 Prozentpunkte gestiegen. Mit 53 Prozent gibt erstmals mehr als die Hälfte der Betriebe an, dass sie solche Verträge abgeschlossen hat, gerade dabei ist oder dies plant. Auch die Energieeffizienz hat durch die steigenden Ausgaben für Strom und Energie einen Schub erhalten: Nur noch 18 Prozent der Unternehmen berichten, dass sie keine Effizienzmaßnahmen durchgeführt haben bzw. planen. Im Vorjahr lag der Wert bei 22 Prozent. Der Aufbau einer eigenen erneuerbaren Stromversorgung und die Anschaffung eines Stromspeichers sind um jeweils 2 Prozentpunkte gestiegen. Auch diese Maßnahmen können helfen, die Stromkosten im Griff zu behalten.

## 4. Versorgungsniveau leicht verbessert

Die deutsche Energieversorgung ist nach wie vor im weltweiten Vergleich sehr sicher. Gegenüber dem vergangenen Jahr hat sich die Situation sogar leicht verbessert. Instabilitäten in der Versorgung führen dazu, dass Maschinen nicht mehr produzieren oder Kunden keine Waren mehr verkauft werden können. Stromausfälle können das wirtschaftliche Leben innerhalb kürzester Zeit zum Erliegen bringen. Im Zuge der Digitalisierung von Geschäfts- und Produktionsprozessen steigt die Anfälligkeit weiter. Entsprechend hoch sind die Erwartungen der Unternehmen an eine sichere und stabile Energie- und Stromversorgung. Die Versorgungssicherheit stellt für die Wirtschaft eine absolut notwendige Bedingung dar. Dies gilt vor allem auch mit Blick in die Zukunft: Die Abschaltung grundlastfähiger Kraftwerke stellt ein Problem für die Versorgungssicherheit dar, der stockende Netzausbau stellt die Systemstabilität ebenso vor neue Herausforderungen. Die Anforderungen an den grenzüberschreitenden Stromtransport erhöhen sich aufgrund des wachsenden europäischen Stromhandels stetig. Die vorhandenen Übertragungskapazitäten der Grenzkuppelleitungen reichen heute oftmals nicht aus. Auch hier bedarf es des Ausbaus, um die Kopplung der nationalen Strommärkte in Europa weiter voranzubringen.

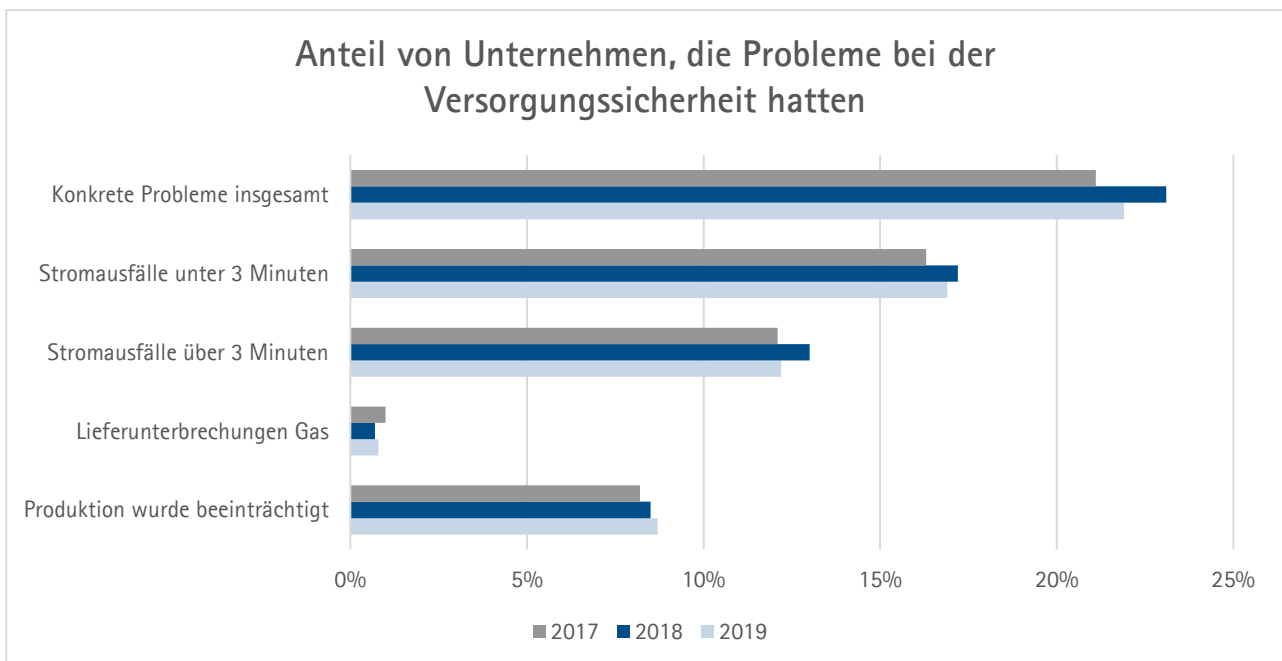


Abbildung 8: Probleme mit der Versorgungssicherheit, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Trotz der leichten Verbesserungen im Vergleich zum Vorjahr und trotz der hohen Qualität waren in den vergangenen zwölf Monaten 17 Prozent der Unternehmen von Stromausfällen unter 3 Minuten betroffen. Abweichend vom Durchschnitt aller Unternehmen waren Industrieunternehmen mit 25 Prozent besonders häufig betroffen. Hier zeigt sich auch eine höhere Sensibilität bei der Qualität der Stromversorgung. So kam es bei 20 Prozent der Industrieunternehmen zu Beeinträchtigungen im Betriebsablauf, im Durchschnitt aller Unternehmen hingegen nur bei neun Prozent. Im Vergleich der Regionen wird die Versorgungsqualität in Süddeutschland etwas schlechter bewertet, als in den anderen Teilen Deutschlands. Dort berichten 23 Prozent der Industrieunternehmen von Produktionsstörungen infolge von Stromausfällen.

## 5. Energiewende in den Unternehmen kommt voran

Ohne Investitionen einer Vielzahl von Unternehmen gibt es keine Energiewende: Sie investieren z. B. in PV- oder KWK-Eigenerzeugung und schaffen Stromspeicher und E-Fahrzeuge an. Die mit Investitionen in eine eigene Stromerzeugung einhergehenden Abgrenzungs- und Meldepflichten stellen für viele Unternehmen aber eine hohe bürokratische Hürde dar. Wer z. B. kein wasserdichtes Mess- und Abgrenzungskonzept hat, dem drohen schnell Nachzahlungen bei Steuern und EEG-Umlage. Im Ergebnis bleiben vielfach potenzielle Beiträge der Unternehmen zur Energiewende ungenutzt. Auch die aktuelle Unsicherheit über die künftige Ausgestaltung und Umsetzung von Energiewende und Klimaschutz ist ein Investitionshemmnis. Unklarheiten gibt es mit Blick auf die CO<sub>2</sub>-Bepreisung, die Abstandsregelungen für Windräder, durch den fehlenden Schwung bei der Elektromobilität oder durch das Stocken des Netzausbaus.

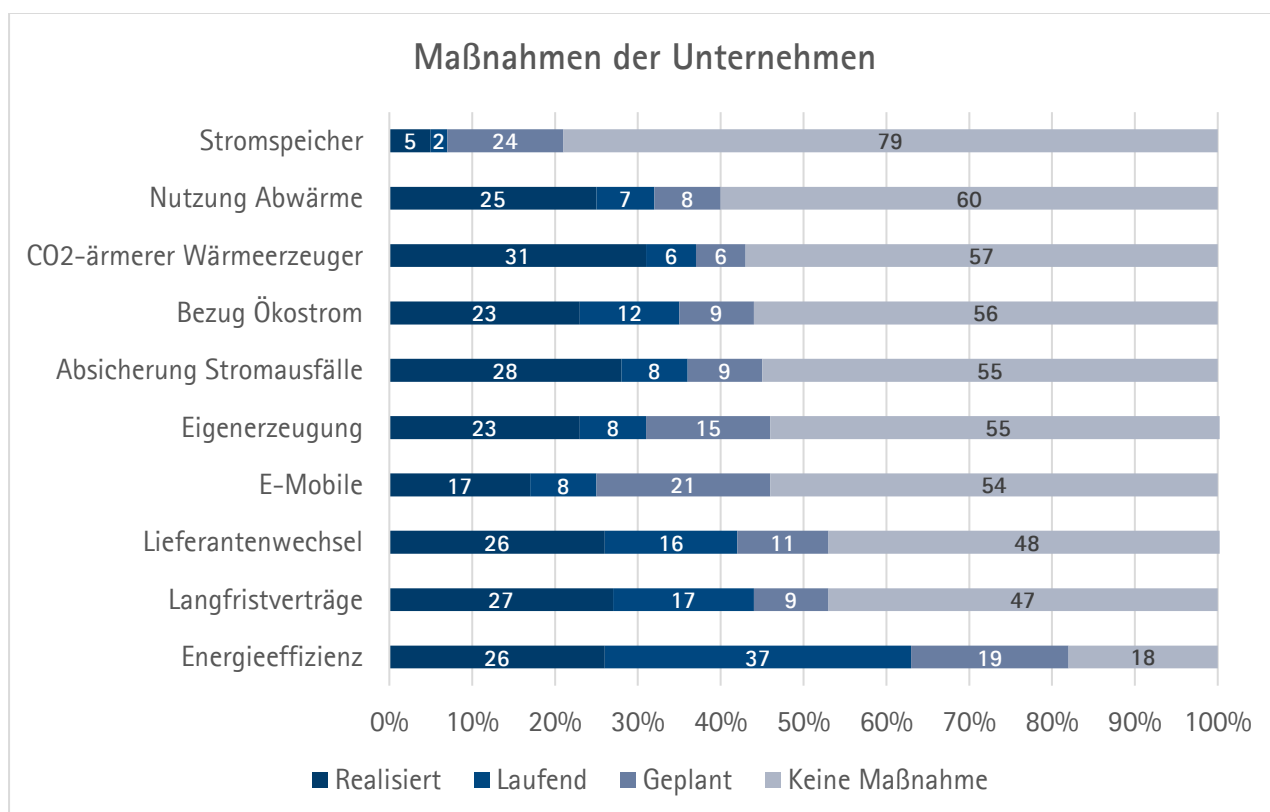


Abbildung 9: Maßnahmen der Unternehmen, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbarometer.

### Energieeffizienz: Aktivitäten der Unternehmen unterstützen

Die Bundesregierung hat in ihrem Entwurf des integrierten Nationalen Energie- und Klimaplan (NECP) bekräftigt, zur Erreichung der nationalen Effizienz- und Klimaziele eine sektorübergreifende Strategie mit Vorschlägen für ein Maßnahmenpaket zu erarbeiten. Dabei soll auch das bereits im Koalitionsvertrag angekündigte Leitprinzip „Efficiency First“ als Kernelement künftiger Energiepolitik verankert werden.

In ihren Bestrebungen kann die Bundesregierung auf den Aktivitäten und Erfahrungen der Unternehmen in Deutschland aufbauen – die Steigerung der eigenen Energieeffizienz ist die Top-Antwort auf die Frage, welche Maßnahmen Unternehmen in Deutschland ergreifen. Die Ermittlung und Erschließung von Energieeffizienzpotenzialen ist somit ein zentraler Bestandteil der Unternehmensaktivitäten. Vier von fünf Unternehmen haben Energieeffizienzmaßnahmen bereits abgeschlossen oder befinden sich in der Umsetzung bzw. Planung von Maßnahmen. Dabei steigt über die Jahre der Befragung besonders die Zahl der umgesetzten Maßnahmen.

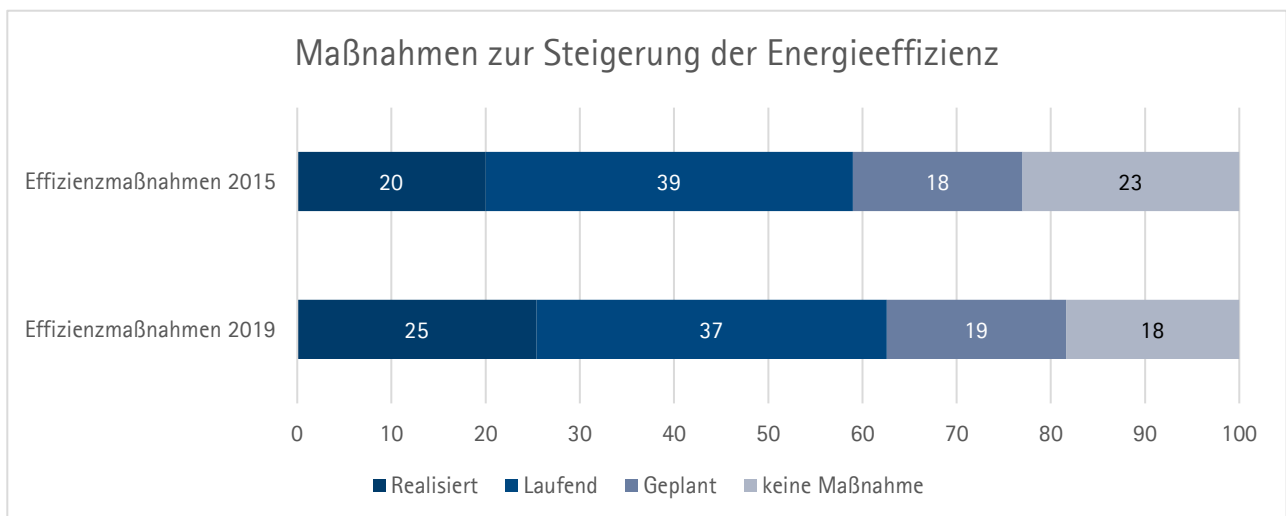


Abbildung 10: Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Eine Verschärfung der Effizienzvorgaben für Produkte und Prozesse ist aus Sicht der Unternehmen der falsche Ansatz und rangiert mit knapp 19 Prozent auf dem letzten Platz. Stattdessen sollten weitere Maßnahmen zur Unterstützung der Unternehmensaktivitäten auf den Weg gebracht werden. Jedes dritte Unternehmen befürwortet den Ausbau von Beratung und Unterstützung für Effizienzmaßnahmen.

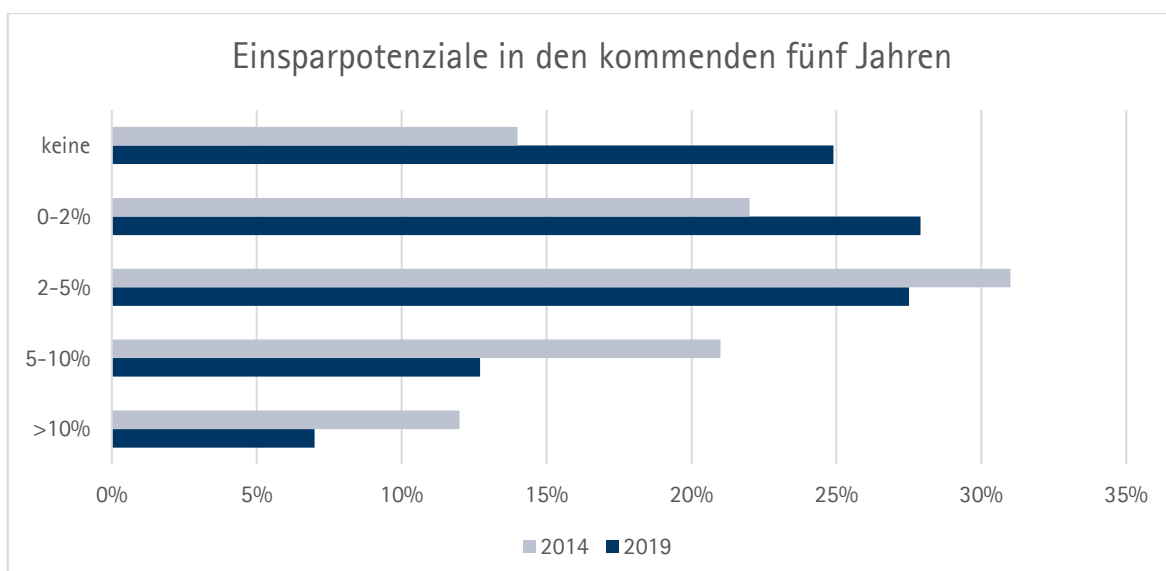


Abbildung 11: Umsetzung von Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Mit fortschreitender Aktivität steigen die Grenzkosten weiterer Maßnahmen und Amortisationszeiten verlängern sich, da die tiefhängenden Früchte geerntet sind. Es wird schwieriger, wirtschaftlich zu realisierende Potenziale zu identifizieren und zu heben. Etwa die Hälfte der Unternehmen sieht in den kommenden fünf Jahren Einsparpotenziale von maximal fünf Prozent.

Ziel sollte es daher sein, die Unternehmen bei ihren geplanten oder laufenden Maßnahmen zu unterstützen, denn die Ermittlung und Erschließung von Energieeffizienzpotenzialen ist bereits ein zentraler Bestandteil der Unternehmensaktivitäten. Investitionen in effiziente Technologien ist die am häufigsten gewählte Maßnahme (74 Prozent). Unternehmen setzen zudem auf niederschwellige Angebote wie Information und Qualifizierung von Mitarbeitern (72 Prozent).

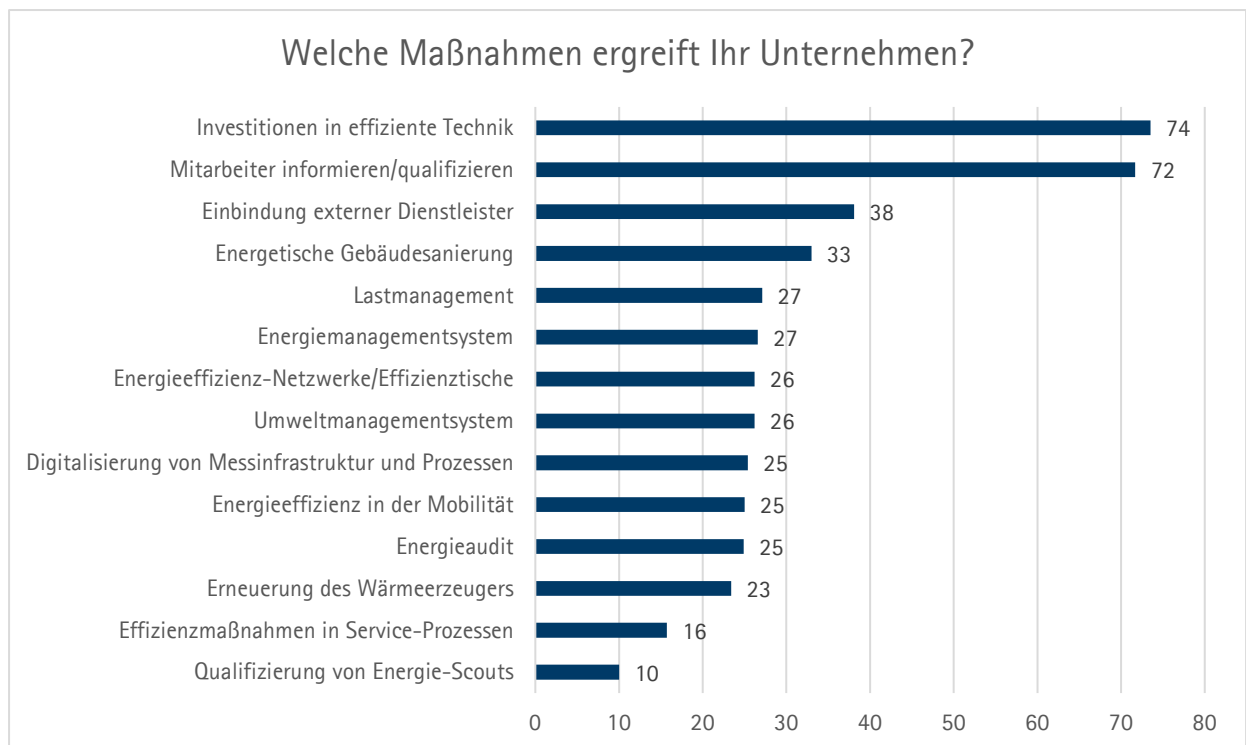


Abbildung 12: Einsparpotenziale in den kommenden fünf Jahren (Endenergie insgesamt), Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Jedes zweite Unternehmen ist der Auffassung, dass politische Maßnahmen besser aufeinander abgestimmt werden sollten. Denkt man beispielsweise das Leitprinzip „Efficiency First“ bis zum Ende, geht es nicht nur um effiziente Anlagen oder einzelne Wertschöpfungsprozesse, sondern vielmehr darum, ein effizientes Gesamtsystem für die Energieversorgung in Deutschland über Sektorengrenzen hinweg zu entwickeln. Viele Betriebe sind somit grundsätzlich bereit, an der Weiterentwicklung der Energiemärkte und einer stärkeren Verzahnung von Anwendungsfeldern mitzuwirken (Stichwort Sektorkopplung).

## Wärmeversorgung: Erneuerbare Energien im Kommen

Energieeffizienzmaßnahmen bleiben auch im Bereich der Wärmeversorgung der Unternehmen nach wie vor die wichtigste Anpassungsreaktion auf die Änderungen im Energiemarkt. Jede nicht verbrauchte kWh Energie muss auch nicht bezahlt werden. Insbesondere die derzeit diskutierte Einführung einer zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Bepreisung im Gebäudebereich könnte zu einer erheblichen Belastung von Betrieben führen. Ein Drittel der Unternehmen hat bereits in die energetische Gebäudesanierung investiert und ein Viertel in die Erneuerung der Wärmeerzeugung. Hierbei ist zu beachten, dass sehr viele Unternehmen nicht in eigenen Gebäuden wirtschaften und dadurch wenig Einfluss auf den Wärmeverbrauch des Gebäudes und die Bereitstellung der Wärme haben.

Erneuerbare Energien spielen bereits eine wichtige Rolle im Bereich der unternehmerischen Wärmeversorgung: 17 Prozent der Betriebe berichten, dass bei ihnen Pellets, Biogas und co. überwiegend zum Einsatz kommen. Weitere 18 Prozent geben an, derzeit an Projekten zu arbeiten bzw. solche Maßnahmen zu planen. Es ist daher davon auszugehen, dass die Bedeutung erneuerbarer Energien zur Wärmebereitstellung in der Wirtschaft weiter zunehmen wird.

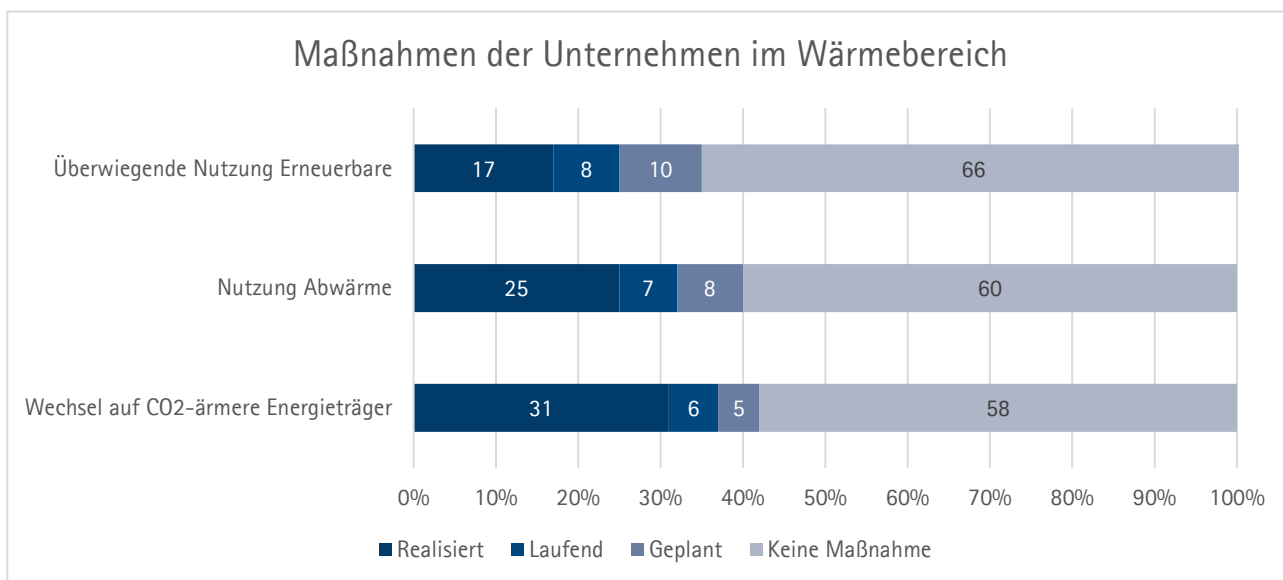


Abbildung 13: Maßnahmen der Unternehmen im Wärmebereich, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.



## Alternative Antriebe: Wirtschaft investiert

Elektromobilität wird nicht nur auf den Straßen langsam sichtbarer, sie schlägt sich auch im Anschaffungsverhalten vieler Betriebe nieder. Fast die Hälfte der Unternehmen hat sich mit dem Thema E-Fahrzeug und/oder Ladeinfrastruktur auseinandergesetzt – ein Plus von 3 bzw. 5 Prozentpunkten gegenüber dem Vorjahr. Aufgrund der hohen Anzahl geplanter Maßnahmen ist von einem weiteren Wachstum in diesem Segment auszugehen. Dies hängt sicher auch mit dem zunehmenden Angebot an Fahrzeugen zusammen.

Interessant ist der Gleichlauf zwischen der Anschaffung von E-Fahrzeugen und dem Aufbau einer eigenen Ladeinfrastruktur. Das lässt den Schluss zu, dass vor allem Unternehmen mit eigenen Betriebsgebäuden oder -geländen Elektrofahrzeuge anschaffen und wenig Investitionsentscheidungen getroffen werden, wenn Betriebe allein auf die öffentliche Infrastruktur angewiesen sind. Diese wird offenbar in vielen Fällen als (noch) nicht ausreichend empfunden.

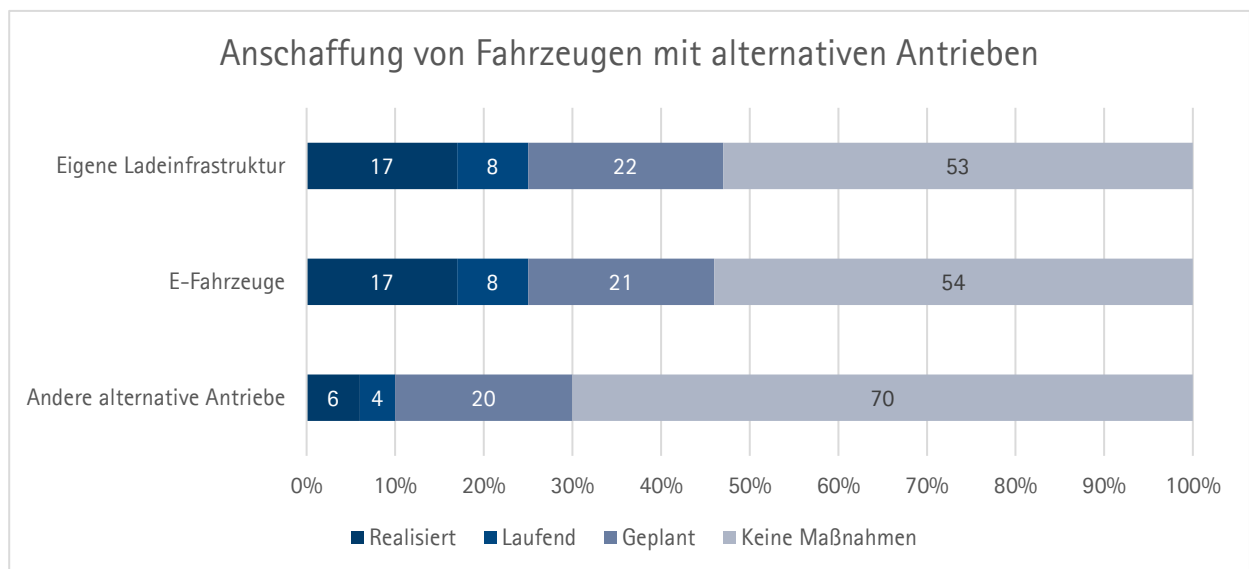


Abbildung 14: Anschaffung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

Auch jenseits der Elektrofahrzeuge werden andere alternative Antriebe (CNG, LPG, Biokraftstoffe, Wasserstoff) interessanter. Hier ist die Anschaffungsneigung gegenüber dem Vorjahr von 17 auf 20 Prozent gestiegen – gegenüber 2017 sogar um 8 Prozentpunkte. Dieses verstärkte Interesse ist branchenübergreifend zu beobachten. Allerdings haben sich erst sechs Prozent der Betriebe solche Fahrzeuge angeschafft und damit deutlich weniger als bei der Elektromobilität.

Der Mobilitätsbereich ist Teil der Energieeffizienzstrategie vieler Unternehmen. Ein Viertel der Betriebe ist hier aktiv. Dies beinhaltet neben der Nutzung von Fahrzeugen mit alternativen Antrieben auch beispielsweise ein betriebliches Mobilitätsmanagement.

## Eigenstromerzeugung: PV-Zubau zieht an

Politische Maßnahmen, wie die Belastung der Eigenerzeugung mit der EEG-Umlage, haben in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass weniger Firmen in eine PV-Anlage bzw. KWK-Anlage zur Selbstversorgung investierten. Gleichzeitig möchte die Bundesregierung aber einen beschleunigten Ausbau erneuerbarer Energien, um 2030 bereits 65 Prozent Grünstrom am Bruttostromverbrauch zu erreichen. Aufgrund der Akzeptanzprobleme bei Wind an Land und der langwierigen Genehmigungsprozesse bei Wind auf See wird daher vor allem der Ausbau der PV einen wesentlichen Beitrag zu diesem Ziel leisten müssen. Seit 2017 nimmt der Zubau eigener Erzeugungsanlagen wieder zu, was teilweise auch auf Landesförderprogramme zurückzuführen ist. Mittlerweile berichten noch 55 Prozent der Betriebe, dass sie sich nicht mit diesem Thema beschäftigen. 2017 waren es noch über 60 Prozent. Die erneuerbare Eigenerzeugung ist der Treiber für den Anstieg. Die Anzahl konventioneller Anlagen zum Selbstverbrauch – das sind insbesondere KWK-Anlagen – stagniert hingegen.

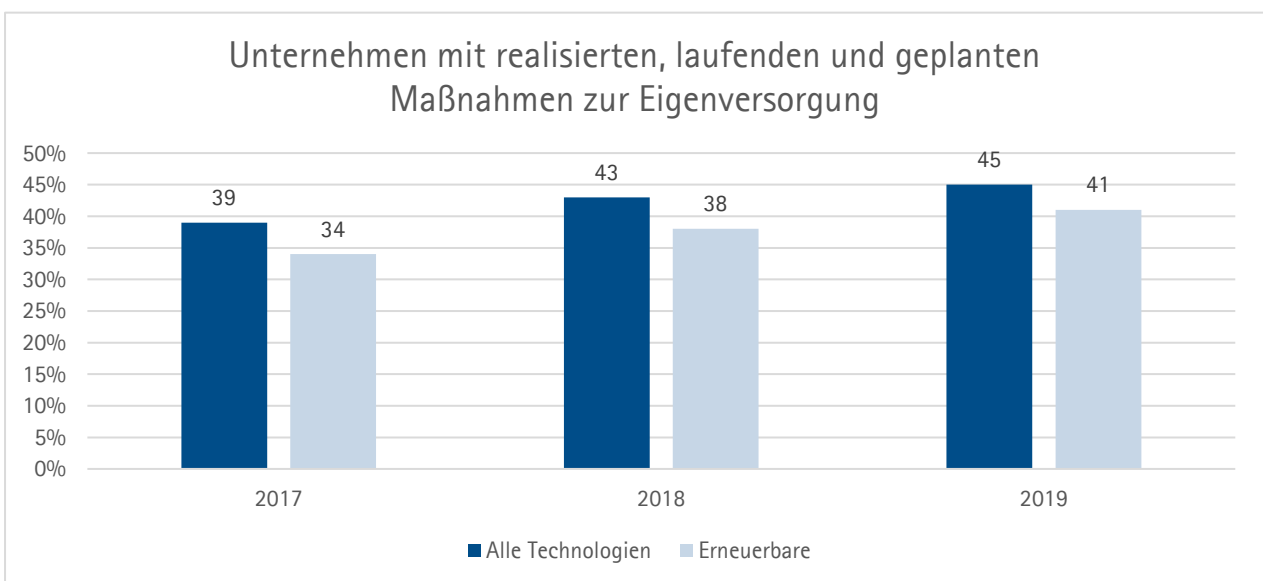


Abbildung 15: Unternehmen mit realisierten, laufenden und geplanten Maßnahmen zur Eigenversorgung, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Stromspeicher: Einsatz immer beliebter

Stromspeicher werden in der Wirtschaft immer beliebter, weil sie einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit (Stichwort unterbrechungsfreie Stromversorgung), zur Dämpfung des Strompreisanstiegs, zur Erhöhung der Eigenversorgungsquote und zum Klimaschutz leisten können. Zudem werden Batteriespeicher in der Anschaffung billiger. Die Anzahl der Betriebe, die bereits einen Stromspeicher einsetzen, ist binnen Jahresfrist von 3 auf 5 Prozent angestiegen. Auch für die Zukunft ist ein Anstieg der Investitionen zu erwarten: So ist der 2018 bereits hohe Wert an geplanten Maßnahmen nochmals um einen Punkt auf 14 Prozent gestiegen. Bei entsprechenden Rahmenbedingungen ist die Wirtschaft bereit, erheblich zu investieren.

## **Versorgungssicherheit: Unternehmen investieren in Risikovorsorge**

Ist die Stromversorgung in Deutschland langfristig sicher? Diese Frage stellen sich regelmäßig viele Betriebe, wenn es um Investitionsentscheidungen am Standort Deutschland geht. Auch wenn flächendeckende Probleme bislang ausgeblieben sind, berichtet jeder vierte Industriebetrieb von Problemen (vgl. Kapitel 4). Daher haben 28 Prozent der Unternehmen mit nicht unerheblichem finanziellen Aufwand in Absicherungsmaßnahmen wie Netzersatzanlagen investiert und damit Risikovorsorge getroffen. Ein Problem, das aufgrund der Digitalisierung von Geschäfts- und Produktionsprozessen an Bedeutung gewinnen kann, sind Spannungseinbrüche.

## **Langfristverträge: Immer mehr Unternehmen binden sich über Jahre**

Strom ist zum Jahreswechsel erneut deutlich teurer geworden. Der Ausblick ist ebenfalls wenig erfreulich: Vor allem die Netzentgelte werden steigen und auch der deutsche Kohleausstieg wird sich in den Strompreisen widerspiegeln. Auch bei den Preisen für Gas und Öl kann es jederzeit wieder zu einem Anstieg aufgrund von Krisen kommen. Diese Perspektiven veranlassen immer mehr Unternehmen, Langfristverträge abzuschließen und sei es nur für einen Teil ihres Bedarfs. Im Vergleich zur vorherigen Umfrage ist der Anteil der Betriebe mit solchen Verträgen um 2 Prozentpunkte von 25 auf 27 Prozent gestiegen.

## **Lieferantenwechsel: Der Wettbewerb funktioniert**

Lieferantenwechsel im Strom- und Gasbereich ist ein geeignetes Mittel, um Energiekosten zu optimieren. Dies ist zugleich ein Indiz für den bestehenden Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt. Gerade für kleine Unternehmen ist ein Wechsel des Anbieters neben Effizienzmaßnahmen häufig die einzige Möglichkeit, auf Preissteigerungen zu reagieren. Der Wettbewerb funktioniert, da mehr als die Hälfte der Betriebe angibt, den Lieferanten gewechselt zu haben bzw. dies plant.

## **Ökostrombezug: Nachfrage wächst deutlich**

Seit Anfang des Jahres läuft die öffentliche Debatte über den Klimaschutz auf vollen Touren. Sie hat möglicherweise einen Schub gegeben und Unternehmen veranlasst, verstärkt Ökostrom einzukaufen. Innerhalb von zwölf Monaten stiegen die realisierten Maßnahmen von 21 auf 23 und die geplanten Projekte von 7 auf 9 Prozent. Damit nimmt die Wirtschaft Kurs auf den Rekordwert von 24 Prozent aus dem Jahr 2015. Zwar ist es nach wie vor kaum möglich, erneuerbaren Strom made in Germany zu erwerben, mit dem Auslaufen der EEG-

Förderung für viele Anlagen wird sich dies ab 2021 aber ändern. Von daher könnte es weiteren Aufwind für Grünstromverträge geben, die Strom aus deutschen Anlagen nutzen.

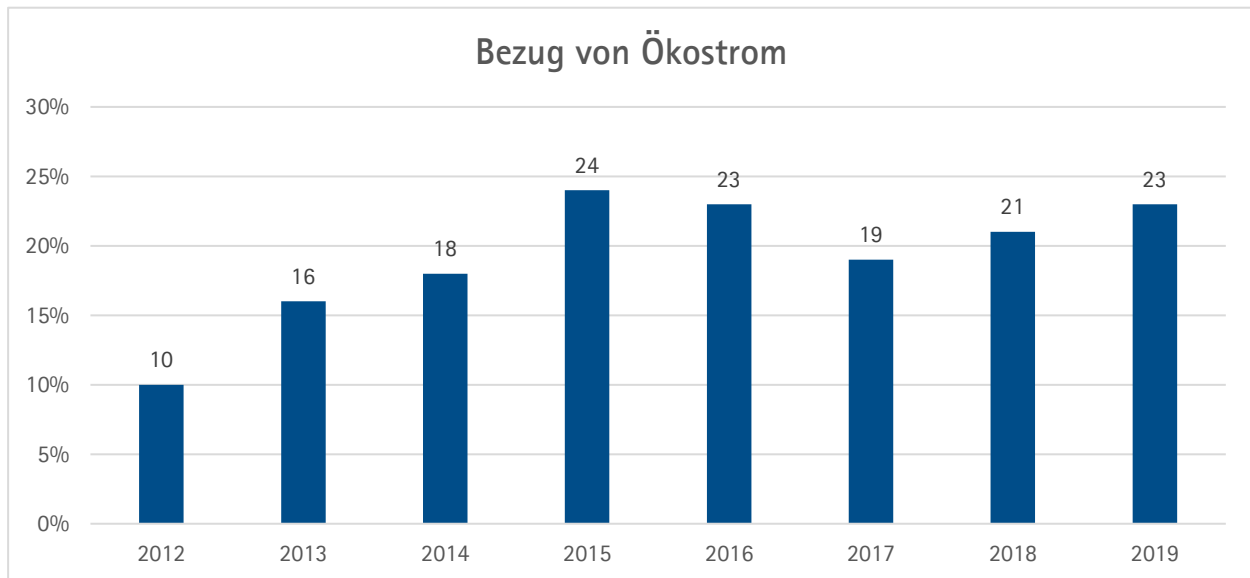


Abbildung 16: Unternehmen mit Bezug von Ökostrom, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

## Smart Meter: Unternehmen mit Interesse an Mehrwertdiensten

Im September 2016 trat das Gesetz zur Digitalisierung der Energiewende in Kraft. Herzstück ist der Rollout von Smart Metern, also digitalen Stromzählern mit einem Gateway zur Kommunikation der Daten. Allerdings ist noch immer keine ausreichende Zahl von Smart Metern zertifiziert, um den Rollout starten zu lassen. Erst zwei Drittel der Unternehmen haben daher von der Umstellung der Zähler auf Smart Meter gehört (67 Prozent).

Dabei besteht auf Seiten der Unternehmen durchaus Interesse an den Mehrwerten, die mithilfe von Smart Metern angeboten werden können. Das größte Interesse besteht bei der Visualisierung und Analyse von Stromverbrauchsdaten (durchschnittliches Interesse von 2,4 auf einer Skala von 1 (großes Interesse) bis 5 (kein Interesse)) und der Fernauslesung von Verbrauchsdaten (2,7). Deutlich zurückhaltender sind die Unternehmen bei Angeboten wie lastvariablen Tarifen (3,2), der Fernsteuerung von z. B. Heizungen und Beleuchtung (3,2) und dem Lastmanagement (3,7). Im Vergleich zum Vorjahr ist festzustellen, dass das Interesse an Smart-Meter-Mehrwertdiensten zumindest etwas stärker wird.

## 6. Klimaschutz: Erst Alternativen, dann CO<sub>2</sub>-Bepreisung

Deutschland wird sein nationales Klimaschutzziel für 2020 nicht erreichen. Nach aktuellem Stand wird ohne zusätzliche Anstrengungen auch die Zielmarke für 2030 in den Bereichen, die nicht vom europäischen Emissionshandel erfasst sind, verfehlt. Die Themen Klimaschutz und CO<sub>2</sub>-Bepreisung stehen nicht zuletzt deshalb ganz oben auf der politischen Agenda. Derzeit gibt es kaum einen Tag, an dem nicht neue Gutachten, Umfragen, Positionen oder Meinungen dazu veröffentlicht werden. Doch wie denkt eigentlich die Wirtschaft darüber? Sind die Betriebe bereit, für mehr Klimaschutz auch tiefer in die Tasche zu greifen? Und welche Maßnahmen sind aus Sicht der Unternehmen überhaupt sinnvoll und geeignet, um die Klimaschutzziele zu erreichen?

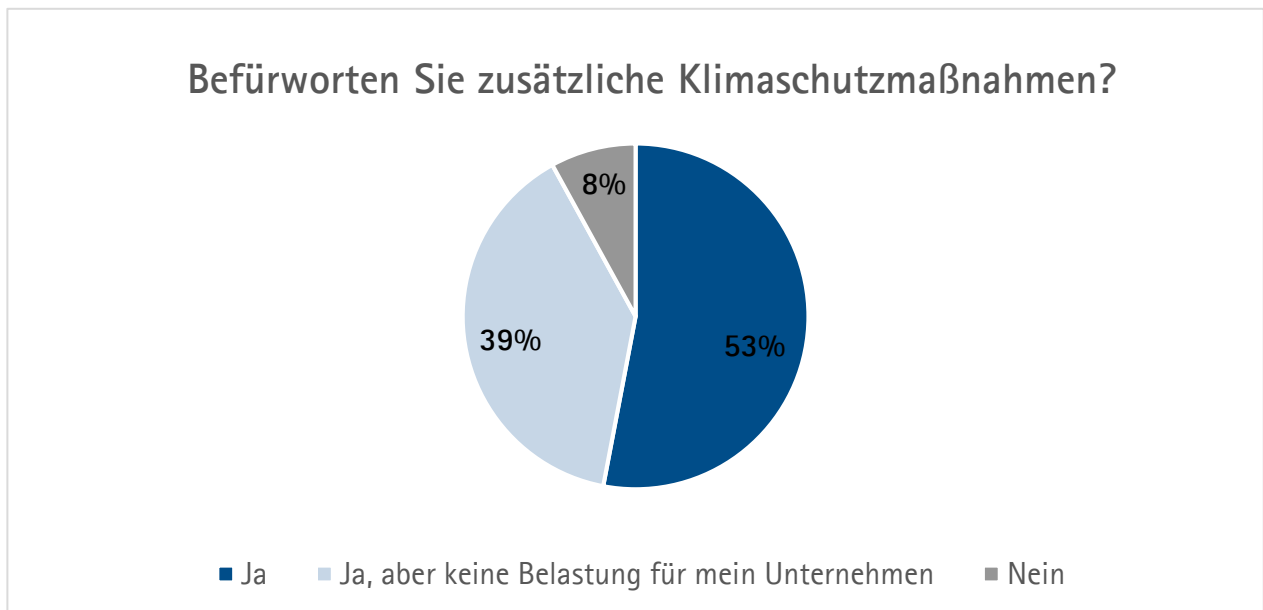


Abbildung 17: Unterstützung zusätzlicher Klimaschutzmaßnahmen, Angaben in Prozent. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

In der Wirtschaft besteht ein hohes Bewusstsein für mehr Klimaschutzanstrengungen: Lediglich 8 Prozent lehnen zusätzliche klimapolitische Maßnahmen ab. Jedoch reicht die Unterstützung nicht so weit, dass es egal ist, welche Maßnahmen ergriffen werden. Vielmehr unterstützen zwei von fünf Betrieben Zusatzmaßnahmen nur, wenn sie dadurch keine neuen Belastungen tragen müssen. Diese können nicht nur finanzieller Art sein, sondern sich auch in neuen Berichtspflichten ausdrücken. Daraus den Schluss zu ziehen, dass nur Maßnahmen getroffen werden sollten, die die Wirtschaft nicht belasten, wäre nicht richtig. Jedoch muss dann ein Ausgleich an anderer Stelle erfolgen. So sollten zusätzliche Einnahmen aus einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung dazu genutzt werden, die EEG-Umlage zu senken und dadurch die Strompreise zu entlasten.

Bei den Antworten zur Frage, welche Maßnahmen als sinnvoll und akzeptabel angesehen werden, fallen drei Dinge auf:

1. Die Politik soll vor allem Unterstützung bei der Entwicklung von alternativen Technologien leisten. Nur wenn Betrieben in der Praxis entsprechende Optionen zur Verfügung stehen, können sie ihren CO<sub>2</sub>-

Fußabdruck technologisch und organisatorisch optimieren. Bestes Beispiel für wenig Wahlmöglichkeiten ist der Schwerlastverkehr. Zwar sind gasbetriebene Lkws im Kommen, E-Lkws befinden sich jedoch erst in der Erprobung. Daher empfehlen die Unternehmen, zunächst durch Kaufanreize (61 Prozent) und FuE-Förderprogramme (50 Prozent) Alternativen in allen Bereichen zu entwickeln. Dazu gehört zum Beispiel, die Herstellungsverfahren von Wasserstoff und weiterer E-Fuels weiter zu erforschen und zur Marktreife zu bringen.

- CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Bereichen Wärme und Verkehr weckt keine Begeisterung in der Wirtschaft. Die öffentliche Debatte dreht sich vor allem um die Frage, ob in den beiden Sektoren die Einführung einer Mengen- oder einer Preissteuerung das bessere Mittel ist, um die Klimaschutzziele zu erreichen. Beide Vorgehensweisen werden gerade jeweils von einem Viertel unterstützt.

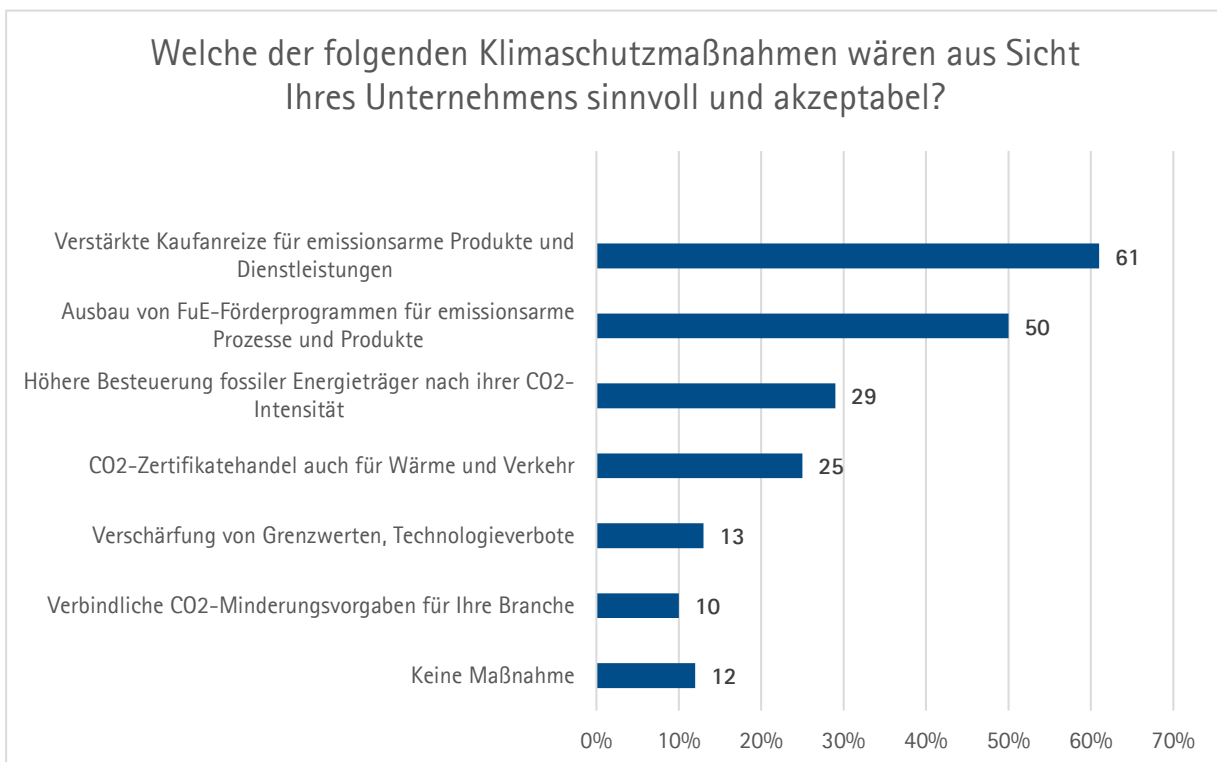


Abbildung 18: Unterstützung zusätzlicher Klimaschutzmaßnahmen, Angaben in Prozent. Es bestand die Möglichkeit, bis zu drei Maßnahmen auszuwählen. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

- Die Wirtschaft spricht sich mit einer deutlichen Mehrheit gegen staatliche Detailregulierung aus. Sowohl die Verschärfung von Grenzwerten bzw. Technologieverbote (13 Prozent) als auch verbindliche Branchenvorgaben zur CO<sub>2</sub>-Minderung (10 Prozent) werden nur von einer Minderheit als sinnvolle und akzeptable Maßnahme eingestuft.

## 7. Das empfiehlt die Wirtschaft

Gegenüber dem Vorjahr ist der Barometerwert um einen Punkt gesunken. Angesichts der nach wie vor zahlreichen Baustellen der Energiepolitik vom Netzausbau bis hin zu den Strompreisen ist das ein logisches Ergebnis. Trotzdem wird die Energiewende von sehr vielen Unternehmen grundsätzlich unterstützt. Die Top-Forderungen der Wirtschaft sind: Netze ausbauen, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen sowie Stromkosten senken.

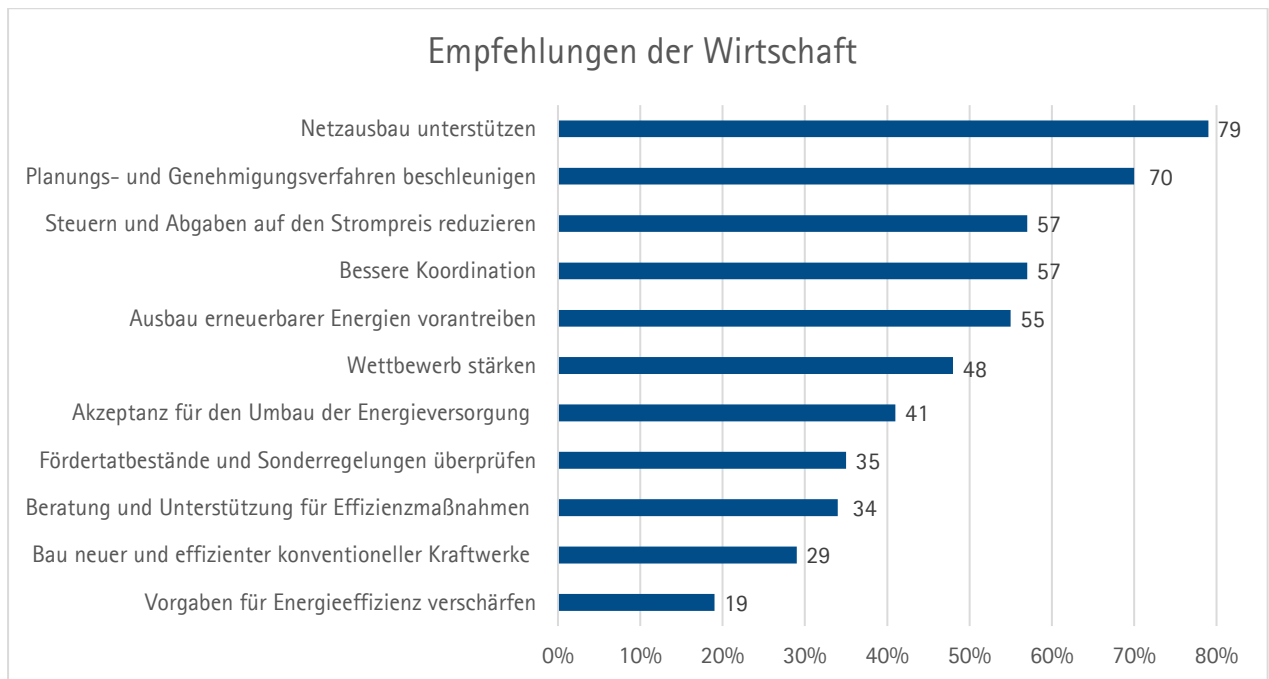


Abbildung 19: Forderungen der Unternehmen an die Politik, Angaben in Prozent. Es bestand die Auswahlmöglichkeit von drei prioritären Forderungen. Quelle: IHK-Unternehmensbefragung.

### Netzausbau unterstützen

Die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien geht einher mit der Umstellung der Netzinfrastruktur, der Netzsteuerung, der Speicherung und auch der Nachfrage. Derzeit ist vor allem die fehlende Stromnetzinfrastruktur ein Hemmnis, um mehr erneuerbare Elektrizität insbesondere von der Küste in den Süden des Landes transportieren zu können. Der Netzausbau ist seit Jahren schleppend und mit Abstand der größte Sorgenfaktor für die Unternehmen (79 Prozent). Vielfach mangelt es insbesondere vor Ort an politischer Unterstützung für den erforderlichen Netzausbau.

### Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen

Deutschland hat ein generelles Problem, was den Ausbau von Infrastrukturen betrifft. Flughäfen, Opernhäuser, Schienenwege, neue Kraftwerke oder Stromnetze: Alles dauert in der Regel viel länger als gedacht. Dies liegt vor allem an komplexen Planungs- und Genehmigungsverfahren. Im Energiebereich hat die Bundesregierung versucht, mit der Novelle des Netzausbaubeschleunigungsgesetzes (NABEG) mehr Tempo in den Netzausbau zu bekommen. Die Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung hat empfohlen, bei der Errichtung

neuer Gaskraftwerke schneller zu werden. Die Unternehmen sehen in den langatmigen Verfahren weiter eine zentrale Hürde für die Energiewende. 70 Prozent geht es nicht schnell genug mit den Planungs- und Genehmigungsverfahren.<sup>4</sup>

## Stromkosten senken

Weit oben auf der Agenda der Wirtschaft steht eine Entlastung bei den Stromkosten. 57 Prozent der Betriebe plädieren für eine Senkung der Steuern und Abgaben. Durch den deutlichen Anstieg der Strompreise zum Jahreswechsel wird dieses Thema nochmals virulenter. Zudem stehen weitere Preissteigerungen vor allem bei den Netzentgelten ins Haus. Auch wird die EEG-Umlage absehbar auf hohem Niveau verbleiben. Der DIHK hat einen Vorschlag zur Senkung der EEG-Umlage mit einer teilweisen Finanzierung über den Haushalt unterbreitet.<sup>5</sup> Zusatzeinnahmen aus einer möglichen CO<sub>2</sub>-Bepreisung in den Sektoren Verkehr und Gebäude sollten zur Senkung der Stromkosten genutzt werden.

Einen Beitrag zu günstigen Strom- und Gaspreisen leistet ein intensiver Wettbewerb. Die Hälfte der Unternehmen (48 Prozent) empfiehlt hier eine Stärkung. Zudem plädieren 35 Prozent der Betriebe dafür, Fördertatbestände und Sonderregelungen regelmäßig auf ihre Notwendigkeit hin zu prüfen und ggf. anzupassen.

## Ausbau erneuerbarer Energien beschleunigen

Der große Gewinner bei den Unternehmensvorschlägen ist die Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien. Der Anteil der Unternehmen, die dies unterstützen, ist binnen Jahresfrist um 7 Prozentpunkte auf 55 Prozent angestiegen. Die Firmen wissen: Ohne einen raschen Ausbau sind die Klimaschutzziele nicht erreichbar. Union und SPD haben sich zwar in ihrem Koalitionsvertrag zu einer deutlichen Anhebung des Ausbauziels im Stromsektor bekannt, passiert ist dafür bisher aber wenig. Rechtssichere und deutlich schnellere Planungsverfahren sind für einen schnelleren Ausbau der Windkraft eine notwendige Voraussetzung. Hilfreich wäre es schon, wenn Gerichte und Behörden mit ausreichendem Personal ausgestattet werden. Zudem sollte es klare umweltrechtliche Standards und einheitliche Mindeststandards zur Wohnbebauung geben.

## Energieeffizienz flankieren und nicht vorgeben

Mit Blick auf die Energieeffizienz fällt auf: Sowohl der Ruf nach mehr Unterstützung als auch nach schärferen Vorgaben in diesem Bereich findet sich auf den hinteren Rängen der Unternehmenspräferenzen wieder. Dabei wird die Empfehlung, Beratung und Unterstützung auszubauen, aber immer noch von fast doppelt so vielen Betrieben geteilt (34 Prozent), wie der Vorschlag Vorgaben zu verschärfen (19 Prozent). Dies verdeutlicht: Energieeffizienz ist aus Sicht der Wirtschaft im Kern eine betriebliche Managementaufgabe, staatliche Maßnahmen sollten diese lediglich flankieren. Deshalb sind staatliche Einsparvorgaben auch nicht notwendig,

---

<sup>4</sup> Der DIHK-Vorstand hat in seinem Positionspapier „Bremsen für Infrastrukturausbau und Gewerbeansiedlungen lösen“ konkrete Vorschläge zur Planungsbeschleunigung vorgelegt, März 2019.

<sup>5</sup> Der DIHK-Vorstand hat 2017 beschlossen, dass Mittel aus dem Bundeshaushalt in Höhe des Stromsteueraufkommens (ca. 7 Mrd.) zur Senkung der EEG-Umlage verwendet werden sollen. Dadurch sinkt diese Umlage um etwa 30 Prozent oder rund 2 Cent/kWh (Positionspapier des DIHK-Vorstands: „EEG-Finanzierung auf neue Füße stellen“, Juni 2017).



um betriebliche Maßnahmen anzuregen. Der Nationale Aktionsplan Energieeffizienz griff diese Forderung der Unternehmen auf. Auch eine Weiterentwicklung im Rahmen des geplanten Aktionsplans Energieeffizienz sollte diesen Ansatz fortführen. Aktivitäten, wie die „Mittelstandsinitiative Energiewende und Klimaschutz“, sensibilisieren und helfen den Unternehmen, sorgsam mit dem Einsatz von Energie umzugehen.